Hilfsorganisationen hoffen auf Finanzierungseinigung

IMMAC
... leading in social investments

Datum:	31. Dezember 2010
Medium:	der Standard

PFLEGE

Hilfsorganisationen hoffen auf Finanzierungseinigung

31. Dezember 2010, 09:30

BAG-Vorsitzender Marschitz: "Das wäre realistisch" - Druck auf Gemeinden steigt

Wien - Die Hilfsorganisationen erhoffen sich im Pflegebereich eine Einigung für die Zwischenfinanzierung bis 2014 noch im ersten Quartal des kommenden Jahres. Das erklärte Hilfswerk-Geschäftsführer Walter Marschitz in seiner Funktion als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) im Interview mit der APA.

Mit der Linie, die Sozialminister Rudolf Hundstorfer nun eingeschlagen habe, sei man zufrieden, das habe man auch so vorgeschlagen. Der Ressortchef hatte ja wiederholt angekündigt, mit einer "Übergangslösung" dem dringenden Finanzierungsbedarf von Ländern und Gemeinden zu begegnen. 2014 soll das Problem dann mit dem neuen Finanzausgleich komplett neu geregelt werden.

Die Übergangslösung solle jedenfalls bis ins erste Quartal 2011 stehen, so Marschitz: "Das wäre realistisch." Wie die Verteilung der anfallenden Mehrkosten im Pflegebereich zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden sollten, wollte er nicht beurteilen: "Wie die Gebietskörperschaften die Gelder verschieben, ist deren Sache. Es ist immer das Geld des Steuerzahlers, nie das der Länder und Gemeinden."

Länder einbeziehen

Klar sei jedenfalls, dass die Fragen Stabilitätspakt und Pflege zusammenhängen, sagte Marschitz zu Forderungen von Bund und Länder in diesem Zusammenhang. Die Regierung will ja erst dann über die Pflegefinanzierung verhandeln, wenn die Länder ihr Okay zum Stabilitätspakt gegeben haben; aus den Ländern und Gemeinden wurden zuletzt Stimmen laut, die ein Ja zum Stabilitätspakt von der Bereitschaft des Bundes zur Ko-Finanzierung der zusätzlichen Pflege-Kosten im Ausmaß von knapp 70 Prozent gefordert hatten.

Für Marschitz muss diese "kleine Lösung" (bis 2014) jedenfalls "relativ rasch stehen, weil viele Gemeinden schon einen relativ starken Druck haben. Gerade im Pflegebereich ist es so, dass etliche Gemeinden in einer Doppelmühle sind: Die Älteren werden mehr, gleichzeitig gibt es Abwanderung. Um die geht es, dass die möglichst rasch entlastet werden."

Gleichzeitig müsse man aber das Jahr 2011 auch schon dazu nützen, Vorarbeiten für die Finanzausgleichsverhandlungen zu leisten. Daher sei es notwendig, im kommenden Jahr eine "Lösung konzeptiv auf die Beine stellen", um dann bereits 2012 über die "große Lösung" verhandeln zu können.

Marschitz verlangt, sehr rasch einen Dialog unter Einbeziehung aller Beteiligter zu starten. Man sei nach der Debatte 2006 (rund um den "Pflegenotstand") schon auf einem guten Weg gewesen - damals wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, das gehöre "wiederbelebt". (red/APA)